



# POLEN-ANALYSEN

[www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

## DIE LAGE DER OPPOSITION

|   |    |
|---|----|
| ■ ANALYSE   |    |
| Die Lage der Opposition in Polen                            | 2  |
| Janusz A. Majcherek, Krakau                                 |    |
| ■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT                            |    |
| Bewertungen der Demokratie, Politik, Parteien und Politiker | 7  |
| ■ CHRONIK   |    |
| 21. Februar 2017 – 6. März 2017                             | 14 |

*Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung  
der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit*



FUNDACJA WSPÓŁPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT



## Die Lage der Opposition in Polen

Janusz A. Majcherek, Krakau

### Zusammenfassung

Die von Jarosław Kaczyński geführte Partei *Recht und Gerechtigkeit* (*Prawo i Sprawiedliwość – PiS*) erhielt bei den Parlamentswahlen im Herbst 2015 die Mehrheit der Mandate im Sejm, obwohl sie nur gut 37 Prozent der Wählerstimmen erzielte. Der Grund dafür war nicht nur die Wahlordnung, die die stärkste politische Formation begünstigt, sondern auch die Verteilung der Stimmen auf die Konkurrenten von *PiS*. Die Uneinigkeit der großen Oppositionsparteien besteht fort, so dass unverändert *PiS* die stärkste Kraft auf der politischen Bühne bleibt, obwohl die Mehrheit der befragten Polen derzeit nicht *PiS* wählen würde. Allerdings veranlassen die immer rigideren Maßnahmen der Regierung gegenüber den unabhängigen Institutionen des demokratischen Rechtsstaates die wichtigsten Oppositionsparteien, zu dessen Verteidigung gemeinsam aufzutreten. Die Perspektiven für den Umfang und die Stabilität der Zusammenarbeit und deren Erfolgsaussichten bleiben jedoch offen.

Auf der Seite der Opposition bleibt die stärkste und einflussreichste Kraft die *Bürgerplattform* (*Platforma Obywatelska – PO*), die in den vorangegangenen zwei Legislaturperioden (acht Jahre) der größere Partner der Regierungskoalition gewesen war. In den Parlamentswahlen erhielt sie knapp 25 Prozent der Stimmen, was 138 von 460 Mandaten im Sejm bedeutet; *PiS* hat 235 Sitze. Der Hauptgrund für die Niederlage der *PO* und den Verlust der Regierungsverantwortung war, dass die Bürger infolge ihrer – für polnische Verhältnisse – langen Regierungszeit gelangweilt und ungeduldig waren sowie dass Ende der zweiten Wahlperiode Audioaufnahmen von privaten Gesprächen wichtiger *PO*-Politiker auftauchten, die sie unbefangen bei Restaurantbesuchen geführt hatten und die das nicht gerade ehrenwerte Hinterzimmer der Politik der *PO* bloßlegten. Aber als ein Problem erwies sich auch einer ihrer größten Erfolge: Der Aufstieg des Parteivorsitzenden und Ministerpräsidenten Donald Tusk zum Präsidenten des Europäischen Rates bedeutete eine Schwächung der von ihm zurückgelassenen Partei. Seine Nachfolgerin für das Jahr bis zu den Wahlen wurde die frühere Gesundheitsministerin seines Kabinetts und anschließend Parlamentsvorsitzende Ewa Kopacz, der es in der kurzen Zeit weder gelang, sich eine starke Position aufzubauen, noch ein solches starkes Charisma zu entwickeln, wie es ihr Vorgänger hatte. Nach den verlorenen Parlamentswahlen trat sie zurück (obgleich sie in ihrem Wahlkreis ein sehr gutes Ergebnis erzielt hatte) und Parteivorsitzender der *PO* wurde Grzegorz Schetyna. Er ist ein langjähriger *PO*-Akteur aus Niederschlesien (Dolny Śląsk), der in der Vergangenheit viele parlamentarische Ämter und Regierungsämter ausgeübt hat, darunter das Amt des Parlamentspräsidenten, des Innen- sowie des Außenministers. Er ist also sehr erfahren und, was wichtig ist, er befand sich nicht unter denjenigen, deren Restaurant-

gespräche aufgenommen worden waren. Hinzu kommt, dass seine Biographie auch nicht mit anderen kompromittierenden Ereignissen belastet ist. Ganz im Gegenteil: Er gehörte in den 1980er Jahren zur antikommunistischen Opposition in der Volksrepublik Polen.

### Die stärkste Kraft der Opposition in der Defensive

Die politische Erfahrung gereicht ihm und der von ihm geführten Partei allerdings nicht zum Vorteil, denn von dieser wird ein frisches, zukunftsweisendes Programm erwartet sowie eine aufgepeppte Präsentation. Dafür spricht die in der öffentlichen Debatte herrschende Überzeugung, dass mit den verlorenen Wahlen auch das bisherige politische Projekt der *PO*, ihre Strategie und ihr Image von den Wählern abgewählt worden sind. Ein eventueller Verlust der Regierungsmacht von *PiS* würde daher auch nicht bedeuten, dass die *PO* an ihren alten Status würde anknüpfen können, als sie selbst die Regierung stellte, vielmehr muss sich die *PO* »neu erfinden«. Allerdings wird bezweifelt, ob die *PO* dazu in der Lage ist – unter der Führung eines politischen Veteranen, der geschickt darin ist, die Fäden hinter den Kulissen zu ziehen und sich gut darin auskennt, wie der Saat funktioniert, der aber kein persönliches Charisma, keine visionären Ideen und nicht die Gabe hat, die Massen mitzureißen. Es überwiegen die Kommentare, dass die *PO* unter Schetynas Führung vorerst kein neues, interessantes und die Wähler überzeugendes ideelles, programmatisches und personelles Angebot hervorbringen wird.

In ihrer zweiten Regierungsperiode hat die *PO*, vor allem inspiriert von Tusk, eine zunehmend pragmatische und ideologiefreie Haltung und Strategie angenommen; unterdessen attackierten Jarosław Kaczyński und seine politischen Verbündeten die Regierung mit immer

heftigeren emotionalisierenden ideologischen Schlagworten und Versprechungen vor allem nationalen und religiösen bzw. sozialen Inhalts. Auf diese Weise riefen sie unter ihren Anhängern Begeisterung hervor, sie gewannen neue Sympathisanten und konnten letztlich die Parlamentswahlen gewinnen. Die *PO* steht vor dem Dilemma, ob sie sich gleichermaßen heiße und mitreißende ideologische Floskeln ausdenken soll, um mit den nationalkatholischen rivalisieren zu können (liberale Floskeln jedoch haben ein solches Potential gewöhnlich nicht), oder ob sie versuchen soll, Überzeugungsarbeit für ihren bisherigen Pragmatismus als Wert an sich zu leisten, der sich als besonders wertvoll im Vergleich zu der aggressiven und in vielen Bereichen destruktiven ideologischen Offensive der *PiS* erweisen könnte. Es geht also auch darum, ob an die Emotionen oder an den Verstand der potentiellen Wähler appelliert werden soll. Schetyna eignet sich für die ruhige und sachliche Überzeugungsarbeit, aber nicht dafür, Emotionen zu wecken.

Die politischen Erfahrungen und die langjährige Regierungspraxis richten sich nun sogar dann gegen die *PO*, wenn sie neue und interessante Vorschläge macht. Dann kommen unweigerlich Fragen, warum sie diese denn nicht während ihrer Regierungszeit umgesetzt habe, und es wird bezweifelt, ob sie bereit und in der Lage sei, sie zu realisieren, da sie doch früher nichts dergleichen in die Wege geleitet habe, als sie in der Regierungsverantwortung über die entsprechenden Instrumente verfügte. Hinzu kommt, dass die *PO*, wie die gesamte Opposition, in der Defensive steckt, da die *PiS* mit ihrer absoluten Parlamentsmehrheit und ihrem zu Diensten stehenden Staatspräsidenten im Rücken ständig mit neuen Initiativen und Angriffen auf die demokratischen Institutionen überrascht, so dass diese vor dem Untergang oder der Abhängigkeit verteidigt werden müssen. Die *PO* spielt die Rolle deren Hauptverteidigers, was ihr gezwungenermaßen eine defensive Strategie auferlegt und ihr erschwert, die strategische Initiative zu ergreifen und in die politischen Offensive zu gehen. Auch wenn die *PO* in Meinungsumfragen noch nicht wieder die Unterstützung erhält, die sie bei den Wahlen bekam – danach war sie in den Umfragen abgestürzt –, so gewinnt sie sie jetzt wieder mühsam Boden und stärkt ihre Rolle als wichtigste Oppositionspartei. Das zeigt, dass sie einen immer größeren Teil der in den vergangenen Monaten verlorenen Wählerschaft davon überzeugt, dass sie die wichtigste Kraft und kompetent ist, sich den Exzessen von *PiS* entgegenzustellen sowie die gesamte Opposition anzuführen.

Um ihre dominierende Rolle aufseiten der Opposition zu unterstreichen sowie ihre Fähigkeit und Bereitschaft, in der Zukunft wieder Regierungsverantwortung zu übernehmen, hat die *PO* ein »Schattenkabinett«

aufgestellt, dessen Mitglieder die aktuelle Politik ihres jeweiligen Counterparts in der Regierung beobachten und kommentieren und diese in der Zukunft ersetzen sollen. Diese Initiative, die nicht zur politischen Tradition Polens gehört, trat jedoch kaum in Erscheinung und führte dementsprechend nicht zur erwarteten Verbesserung des Image der *PO*. Die Zusammensetzung und Tätigkeit dieser alternativen Regierung sind der breiteren öffentlichen Meinung kaum bekannt und haben keinen Einfluss auf deren politische Präferenzen.

In der *PO* und anderen oppositionellen Kreisen werden gewisse Hoffnungen auf Donald Tusk gesetzt. Sein Wechsel auf den Posten des EU-Ratspräsidenten hat die Partei geschwächt, aber seine Rückkehr von einem so prestigeträchtigen Amt, mit dem Image, eine der wichtigsten Personen der europäischen Politik gewesen und Freund der wichtigsten europäischen Politiker zu sein, könnte nicht nur die Partei stärken, sondern die gesamte Opposition. Dies wäre insbesondere dann der Fall, wenn Tusk im März (gegen den Willen der polnischen Regierung bzw. ohne deren Unterstützung) die Verlängerung seines Mandats als EU-Ratspräsident für die kommenden zweieinhalb Jahre erhalten würde. Dann würde er vor den kommenden Parlamentswahlen im Jahr 2019 und den Präsidentenwahlen 2020 nach Polen zurückkehren. In dieser Kalkulation würde er dann an der Spitze der gesamten Opposition stehen und ihr Kandidat für das Amt des Präsidenten werden, der direkt vom Volk gewählt wird. Kaczyński versucht jetzt bereits, Tusk zu diskreditieren, und droht ihm sogar mit Strafverfolgung, aber die Absage der Regierung, Tusk bei seinen Bemühungen um eine zweite Amtszeit zu unterstützen, hat bei einem beträchtlichen Teil der polnischen Gesellschaft einen schlechten Geschmack hinterlassen. Entsprechend werden die Angriffe von *PiS*-Politikern auf Tusk als Ausdruck von Angst vor ihm als künftigem Oppositionsführer interpretiert. Tusk zu unterstützen würde für Kaczyński und die *PiS* die Stärkung seiner Position bedeuten, Tusk nicht zu unterstützen würde das Missbehagen der öffentlichen Meinung in Polen hervorrufen. Dies ist für die regierende Equipe und ihren informellen Chef ein ernstes Dilemma.

### Ein neuer liberaler Akteur im Parlament

Die *PO* verlor die Parlamentswahlen 2015 nicht nur gegen die *PiS*, sondern auch gegen eine vollkommen neue liberale Formation, die einige Monate vor den Wahlen von dem Ökonomen und Finanzexperten Ryszard Petru gegründet worden war. Trotz seines relativ jungen Alters (45 Jahre) und seines Debüts in der Rolle des politischen Akteurs hatte er bereits vielfältige Erfahrungen auf wichtigen und prestigeträchtigen Wirtschafts- und Finanzposten gesammelt sowie im Umkreis von Leszek

Balcerowicz, dem Schöpfer der polnischen Wirtschafts-  
transformation. Petru hatte die *PO* gegen Ende ihrer  
Regierungszeit immer stärker kritisiert und ihr vorge-  
worfen, die liberalen Ideale aufzugeben und eine links-  
soziale Drehung zu vollziehen. Diese Kritik war nur teil-  
weise berechtigt, denn die von Ministerpräsident Tusk  
und seiner mitregierenden *PO* (gegen den Widerstand  
von Grzegorz Schetyna) durchgeführte Revision eini-  
ger liberaler Grundsätze erfolgte nicht so sehr aus einer  
ideellen Umwertung, sondern vielmehr aus der Notwen-  
digkeit, pragmatisch auf die globale Wirtschaftskrise  
reagieren zu müssen, unter deren Bedingungen die *PO*  
regierte und vor deren Folgen sie Polen schützen wollte.  
Dies tat sie allerdings um den Preis einer steigenden Ver-  
schuldung, der Schwächung der polnischen Währung,  
der Übernahme eines Teils der privaten Rentenfonds,  
der erweiterten Einmischung staatlicher Institutionen  
in die Wirtschaft sowie um den Preis von Steuererhö-  
hungen. All dies gefiel den liberalen Ökonomen, Poli-  
tikern und Wählern nicht, was die von Petru ins Leben  
gerufene Partei *Die Moderne* (*Nowoczesna*) zum Aus-  
druck brachte.

Bei den Parlamentswahlen erhielt *Die Moderne*  
7,5 Prozent und 28 Mandate im Sejm. Nach den Wahlen  
stiegen rasch ihre Popularitätswerte; in Meinungs-  
umfragen verzeichnete sie bald knapp 20 Prozent und  
ließ die *PO* hinter sich, wobei sie Zuspruch von vielen  
*PO*-Aktivisten und -Mitgliedern erhielt. Dies war  
eine Reaktion auf ihre Neuartigkeit und Frische, aber  
auch eine Folge der außergewöhnlichen Aktivität einer  
sympathischen und energiegeladenen Gruppe junger  
Frauen, die den engen Kreis um Ryszard Petru bilden.  
Die ganze Formation begann man als modernere, sym-  
pathischere und energischere Version der *PO* wahrzu-  
nehmen und es wurde ihr das Potential zugesprochen,  
dass sie die *PO* auf der politischen Bühne ersetzen und  
die Rolle des Oppositionsführers übernehmen könne –  
wozu sich Petru persönlich bereits anschickte.

Die Vitalität und der Effekt der Neuartigkeit der  
neuen Formation und ihrer Akteure und Akteurinnen  
begann allerdings im Laufe des Jahres 2016 schwächer  
zu werden und *Die Moderne* wurde von der aggressiven  
*PiS* in die Defensive gedrängt – ähnlich wie die *PO*, die  
im Parlament um einiges stärker vertreten ist. Während  
sich *Die Moderne* den Exzessen der *PiS* entgegenstellt,  
kann sie wiederum nicht allzu eng mit der *PO* zusam-  
menarbeiten, denn sie war ja aus der Kritik und dem  
Protest gegenüber der *PO* hervorgegangen. Dies ver-  
setzt sie in eine unbequeme Lage, in der sie sich nicht  
immer gut orientiert und noch immer ihren Platz sucht.

Vielleicht aber wurde der *Modernen* am meisten  
Ärger durch ihren Chef selbst zugefügt, der um die Jah-  
reswende 2016/17 in Portugal auf einem Trip mit einer

Parteikollegin erwischt wurde. Hier geht es nicht nur  
um den moralischen Aspekt, dass der verheiratete Petru  
einige Tage privat mit einer geschiedenen Abgeordne-  
ten verbrachte. Politisch kompromittierender war, dass  
die Eskapade mit dem Höhepunkt des Protestes zusam-  
menfiel, den Abgeordnete der *Modernen* und der *PO* im  
Sejm gegen *PiS* und ihr Vorgehen gegen die Opposition  
gestartet hatten. *PiS* hatte unter einem fadenscheinigen  
Vorwand einen Abgeordneten der Opposition von der  
Parlamentssitzung ausgeschlossen, woraufhin die mehr-  
wöchige Besetzung des Sejm durch Oppositionsabge-  
ordnete über Neujahr folgte. Die eigene Partei in einem  
solchen Moment für ein privates Vergnügen allein zu las-  
sen, kratzte am Image Petrus und der von ihm geführ-  
ten Gruppierung, was in den Meinungsumfragen deut-  
lich sichtbar wurde.

### Der Spagat zwischen Zusammenarbeit und Konkurrenz

Die beiden wichtigsten Oppositionsparteien haben ein  
liberales Profil, was sie dazu verurteilt, um dieselbe Wäh-  
lerschaft zu kämpfen. Untersuchungen zeigen, dass die  
sich nicht verändert und um die 30 Prozent beträgt.  
Das bedeutet, dass die eine Partei auf Kosten der ande-  
ren stärker wird und eben nicht dadurch, dass andere,  
neue Wähler gewonnen werden (was der *PO* in der Zeit  
ihrer größten Erfolge gelang, als sie eine Unterstützung  
von über 40 Prozent erhielt). Beide Parteien agieren  
defensiv und widersetzen sich den zunehmend autori-  
tären Regierungsmethoden von *PiS*, indem sie die von  
der regierenden Partei attackierten und übernommenen  
Institutionen zu verteidigen suchen. Dies würde eine  
engere Zusammenarbeit in diesem Kampf nahelegen,  
doch es ist nicht klar, wie eine solche von den Anhän-  
gern, insbesondere denen der *Modernen* aufgenommen  
werden würde. Die hatten die *PO* mehrheitlich aus Ent-  
täuschung verlassen und wären wohl nicht damit einver-  
standen, wenn ihnen eine erneute, wenn auch indirekte  
Unterstützung der *PO* abgenötigt würde, beispielsweise  
in Form gemeinsamer Wahllisten. Die treuen *PO*-Wäh-  
ler wiederum betrachten *Die Moderne* und ihre Anhän-  
ger als Spalter und Abtrünnige, was insgesamt das bei-  
derseitige Misstrauen verstärkt.

*PiS* ist eine populistische Partei, was den beiden  
wichtigsten liberalen Parteien erschwert, mit ihr zu riva-  
lisieren. Als Liberale können sie die Versprechungen von  
*PiS* in der Sozialpolitik nicht überbieten, ohne ihren ide-  
ellen Überzeugungen untreu zu werden, und sie wären  
in einer solchen Rolle auch unglaubwürdig. Da sie nicht  
in der Lage sind, mehr als *PiS* zu versprechen, müssen  
sie ein anderes Angebot kreieren, um unentschiedene  
Wähler zu überzeugen; die Wähler, die *PiS* entschieden  
unterstützen, sind zurzeit ohnehin nicht zu gewinnen.

Ein solches Angebot haben sie aber bisher nicht gefunden und nicht vorgestellt. Unterdessen findet die soziale Demagogie von *PiS* weiterhin bei den Wählern Gehör und begründet ihre Überlegenheit.

Die kommenden Selbstverwaltungswahlen (Herbst 2018) werden über die Posten auf der Ebene der lokalen Selbstverwaltung entscheiden. *Die Moderne* schlägt vor, dass sie und die *PO* eigene Kandidatenlisten für die Gemeinde- und Kreisräte und die Woiwodschaftslandtage (*sejmik*) aufstellen, und stellt die Möglichkeit einer späteren Koalition in Aussicht. Beide sollten sich aber zu gegenseitiger Unterstützung ihrer Kandidaten für das Amt der Woiwoden, Bürgermeister und Stadtpräsidenten verpflichten, die zum zweiten Wahlgang zugelassen werden (da diese Posten direkt gewählt werden und die Hälfte der abgegebenen Stimmen erforderlich ist, sind häufig zwei Wahlgänge notwendig). Die Wahlen auf der Selbstverwaltungsebene, die allerdings erst in anderthalb Jahren stattfinden werden, werden ein wichtiger Test für die Stärke und den Einfluss der beiden Oppositionsparteien sein, insbesondere für *Die Moderne*, die zum ersten Mal an ihnen teilnehmen wird und aus diesem Grunde selbstständig agieren will. Von den Wahlergebnissen wird das Kräfteverhältnis aufseiten der Opposition abhängen und also auch die Bedingungen für eine eventuelle Zusammenarbeit in der Zukunft. Von größter Bedeutung, auch als Mobilisierungsmoment, werden die Ergebnisse des Wettbewerbs um die Ämter der Stadtpräsidenten in den Großstädten sein, in denen *PiS* wenige Anhänger hat, so dass die Opposition hier die größtmöglichen Chancen hat, sowie um die Mandate in den Woiwodschaftslandtagen. Ähnlich dem Sejm, stützt sich deren Sitzverteilung auf Parteilisten und nicht auf die Listen lokaler Wahlkomitees.

Auf dem Land wiederum nahm die *Polnische Bauernpartei (Polskie Stronnictwo Ludowe – PSL)* bisher eine starke Position ein, die sich dezidiert an die Bauern richtet. Sie wird eine Schlacht um die ländliche Wählerschaft ausfechten, die ihr in den Parlamentswahlen von *PiS* abspenstig gemacht wurde. Dies hätte beinahe zum Zerfall der *PSL* im Sejm geführt: Sie überschritt die 5-Prozent-Hürde um 0,13 Prozent und stellt die kleinste Fraktion. Wenn die *PSL* imstande wäre, ihre frühere Position in der Provinz zumindest teilweise auf Kosten von *PiS* wiederaufzubauen, würde sie indirekt die gesamte Opposition stärken.

Eine solche Chance hat die Linke, die sich in einer tiefen Krise und nur außerhalb des Parlaments befindet, nicht. Dazu hatten ihr Zerfall und insbesondere die neue Partei *Gemeinsam (Razem)* beigetragen, die entgegen ihrem Namen allein handelt und alle anderen Gruppierungen von einer radikal linken Position aus kritisiert und bekämpft. In den Kreisen der großstädtischen

gebildeten Jugend und meinungsbildender linker Intellektueller erfuhr sie eine gewisse Unterstützung, doch diese reichte nicht aus, um die 5-Prozent-Hürde zum Eintritt ins Parlament zu überspringen. Allerdings entzog sie der traditionellen Linken recht viele Stimmen, die wiederum den taktischen Fehler beging, eine Wahlkoalition mit Randparteien einzugehen. Die 8-Prozent-Hürde, die für solche Zusammenschlüsse gilt, verfehlte sie knapp. Allgemein wird davon ausgegangen, dass die Partei *Gemeinsam* dem Wahlbündnis die Stimmen abgenommen hat – im Ergebnis sind jedenfalls beide nicht ins Parlament eingezogen, trotz der addierten Unterstützung von über elf Prozent. In gewisser Weise trug dies dazu bei, dass *PiS* die absolute Mehrheit im Parlament erhielt, denn die Mandate, die unbesetzt bleiben, weil eine Partei nicht in das Parlament einzieht, werden proportional auf diejenigen aufgeteilt, die im Sejm sind. Das stärkt die ohnehin größte Partei, in diesem Falle *PiS*.

### Eine Bürgerbewegung am Scheideweg

Die aggressive Politik der regierenden *PiS*, die häufig in Form von Angriffen auf demokratische und zivilgesellschaftliche Institutionen abläuft, weckte Reaktionen beunruhigter Milieus außerhalb der Politik. Auf Initiative eines Aktivisten der früheren antikommunistischen Opposition entstand eine Bürgerbewegung, die sich den Namen *Komitee zur Verteidigung der Demokratie (Komitet Obrony Demokracji – KOD)* gab – nach dem *Komitee zur Verteidigung der Arbeiter (Komitet Obrony Robotników – KOR)*, der ersten offen agierenden antikommunistischen Organisation in den 1970er Jahren. *KOD* gelang es, hunderttausende Bürger zu mobilisieren und bei Demonstrationen gegen Verletzungen der rechtsstaatlichen Standards auf die Straße zu bringen. Nach der Anfangsphase wachsender Unterstützung und Aktivitäten der Teilnehmer und Sympathisanten erlischt der Enthusiasmus nun allerdings. Dazu trugen auch Tatsachen bei, die einen Schatten auf den Anführer der Bewegung, Mateusz Kijowski, werfen, dessen Charisma und persönliches Engagement ihn auf diese Position gehoben hatten. Es stellte sich heraus, dass er seiner geschiedenen Ehefrau nicht die gerichtlich zuerkannten Alimente für die gemeinsamen Kinder gezahlt hat, was er damit erklärte, dass er wegen des Verlustes einer lukrativen Beschäftigung finanziell nicht dazu in der Lage war. Noch kompromittierender erwies sich für ihn die Entdeckung, dass er von den Spenden für *KOD* regelmäßig recht hohe Beträge für IT-Dienste zugunsten der Bewegung (er ist Informatiker von Beruf) auf ein Geschäftskonto seiner zweiten Ehefrau überwiesen hat. Die Enthüllung dieser Tatsachen löste *KOD*-intern eine große Krise aus und schädigte den Ruf der Bewegung. Aktuell finden die Wahlen der regionalen Anführer der Bewe-

gung statt, die im März mit der Wahl des Landesvorsitzenden gekrönt werden. Wenn dies Kijowski wird, der die Wahlen zum Vorsitzenden der Region Masowien (Mazowsze) gewonnen hat, ist ein Aufruhr eines Teils der Aktivisten und ein Konflikt zwischen den Anhängern und den Gegnern von Kijowski sehr wahrscheinlich und sogar das Auseinanderbrechen von *KOD* nicht ausgeschlossen.

Ungewiss ist die Zukunft von *KOD* auch mit Blick auf seine unbekannte Rolle in politischen Prozessen, insbesondere bei Wahlen. Manche Akteure sind dafür, den strikt zivilgesellschaftlichen und sozialen Charakter der Aktivitäten der Bewegung zu bewahren. Die Bewegung soll demnach als Wächter der Rechtsstaatlichkeit und der demokratischen Spielregeln im politischen Betrieb fungieren, ungeachtet dessen, wer aktuell die Regierung stellt, und ohne sich in rein politische Prozesse einzubringen. Andere schlagen vor, unverhohlen einen Anti-*PiS*-Kurs einzunehmen und die Kandidaten derjenigen demokratischen und antiautoritären Parteien bei den Wahlen zu unterstützen, die in der Lage sein könnten, *PiS* von der Regierungsmacht abzulösen. Des Weiteren tauchen Spekulationen über die Umwandlung der Bürgerbewegung in eine politische Partei auf, die eigene Wahllisten aufstellen und unmittelbar am Kampf um die Macht teilnehmen würde, und zwar wenigstens mit dem Ziel, autoritäre Gruppierungen aus der Regierungsmacht zu verdrängen, konkret hieße das *PiS*.

Die bisher größten zivilgesellschaftlichen Proteste hatten die Vorschläge zur Verschärfung des Anti-Abtreibungsgesetzes hervorgerufen, die in der Praxis ein vollständiges Abtreibungsverbot bedeutet hätten. Formal war der Gesetzesentwurf nicht von der *PiS*, sondern von *pro life*-Organisationen eingebracht worden. Die Massenproteste der Frauen (sogenannte schwarze Märsche oder Regenschirmmärsche, da es am Tag des größten Protestes regnete und auf den Fotos unzählige Damenregenschirme zu sehen waren) wurden nicht mit einer konkreten Organisation assoziiert und es ist unklar, ob und wie sie konkrete Organisationen unterstützen werden. Im Allgemeinen wurden die Proteste jedoch als Erfolg bewertet, denn *PiS* zog die Gesetzesentwürfe gegen Abtreibung aus dem Gesetzgebungsprozess zurück, was Möglichkeiten und Arten andeutet, das Vorgehen von *PiS* mit Hilfe gesellschaftlicher Proteste aufzuhalten.

#### *Über den Autor*

Dr. hab. Janusz A. Majcherek ist Professor am Institut für Philosophie und Soziologie der Pädagogischen Universität in Krakau (Uniwersytet Pedagogiczny, Kraków). Er kommentiert politische und gesellschaftliche Ereignisse und Entwicklungen u. a. in der »Gazeta Wyborcza«, im »Przegląd Polityczny« und in dem deutsch-polnischen Magazin »Dialog«.

#### **Junge Menschen und der politische Rand**

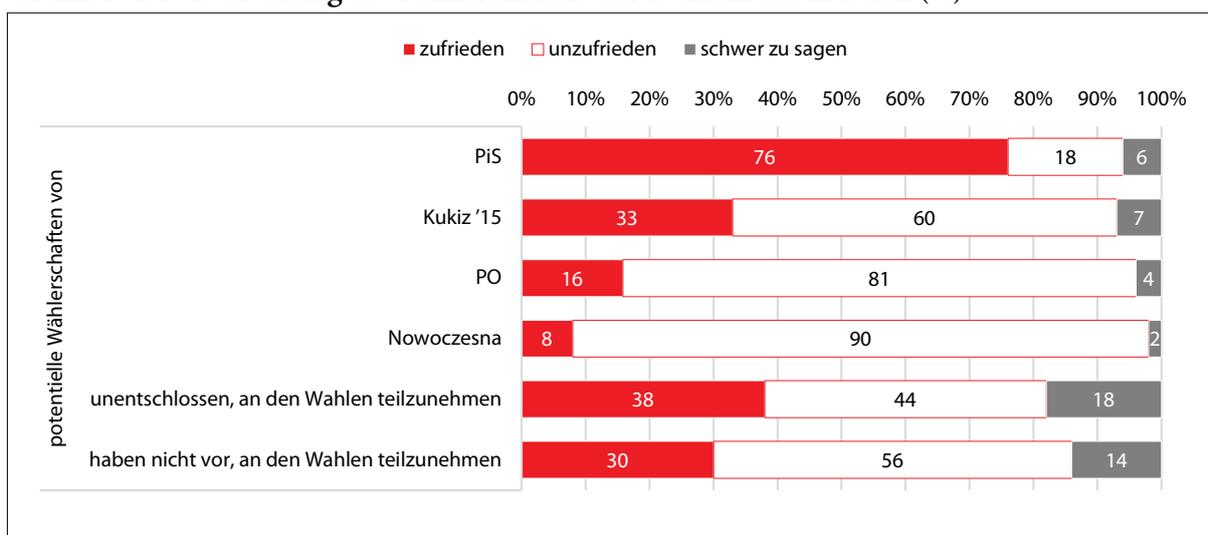
Es wird jedoch immer schwieriger, zum Protest zu motivieren. Das grundlegende Problem von *KOD* ist – ähnlich wie das der gesamten gemäßigten Opposition – das verschwindend geringe Engagement der Jugend. Politisch und zivilgesellschaftlich aktiv werden vor allem reife Menschen, insbesondere die, die noch Erinnerungen an das autoritäre System haben und einen Rückfall fürchten, dieses Mal allerdings mit einem deutlich anti-kommunistischen Anstrich. Die jungen Polen kennen und verstehen das Wesen autoritärer Herrschaft nicht und sehen in ihr keine Gefahr. Sie vergleichen Polen nach 1989 nicht mit dem vor 1989, das sie aus eigener Anschauung nicht kennen können, sondern mit den westeuropäischen Staaten der Gegenwart. Also nehmen sie statt der imponierenden Entwicklung und den unbestrittenen Errungenschaften die Distanz wahr, die ihr Land von den reicheren Ländern trennt, und erwarten eine rasche Verringerung des Abstandes, und sei es auch unter Anwendung von nicht vollkommen rechtsstaatlichen Methoden. Darüber hinaus nehmen in der jüngsten Generation, die ohnehin für radikale Ideologien zugänglicher ist, Einflüsse der extremen Rechten zu, die eine Anti-System-Haltung einnimmt, mit antidemokratischen, antiliberalen und antieuropäischen Tendenzen, unterfüttert mit einer Anti-Immigrations-Stimmung. Vor diesem Hintergrund kommt es zu einer zunehmenden Anzahl von aggressiven Übergriffen gegenüber Fremden, insbesondere gegenüber Menschen aus dem Nahen Osten, von denen es in Polen nicht einmal viele gibt.

Die politische Position von Gruppierungen des extrem rechten Flügels ist jedoch marginal, keine von ihnen nähert sich in Meinungsumfragen der 5-Prozent-Hürde, das heißt keine hat die Perspektive, ins Parlament einzuziehen. Die politische Opposition in Polen gründet sich auf gemäßigte und liberale Gruppierungen, doch ihre Position ist immer noch nicht stark genug, um der regierenden nationalkonservativen populistischen Rechten gefährlich zu werden. Folglich ist ihre Fähigkeit, sich deren Programm entgegenzustellen, begrenzt, so dass die Gefahr vonseiten eines populistischen Autoritarismus in Polen weiterhin hoch bleibt.

*Übersetzung aus dem Polnischen: Silke Plate*

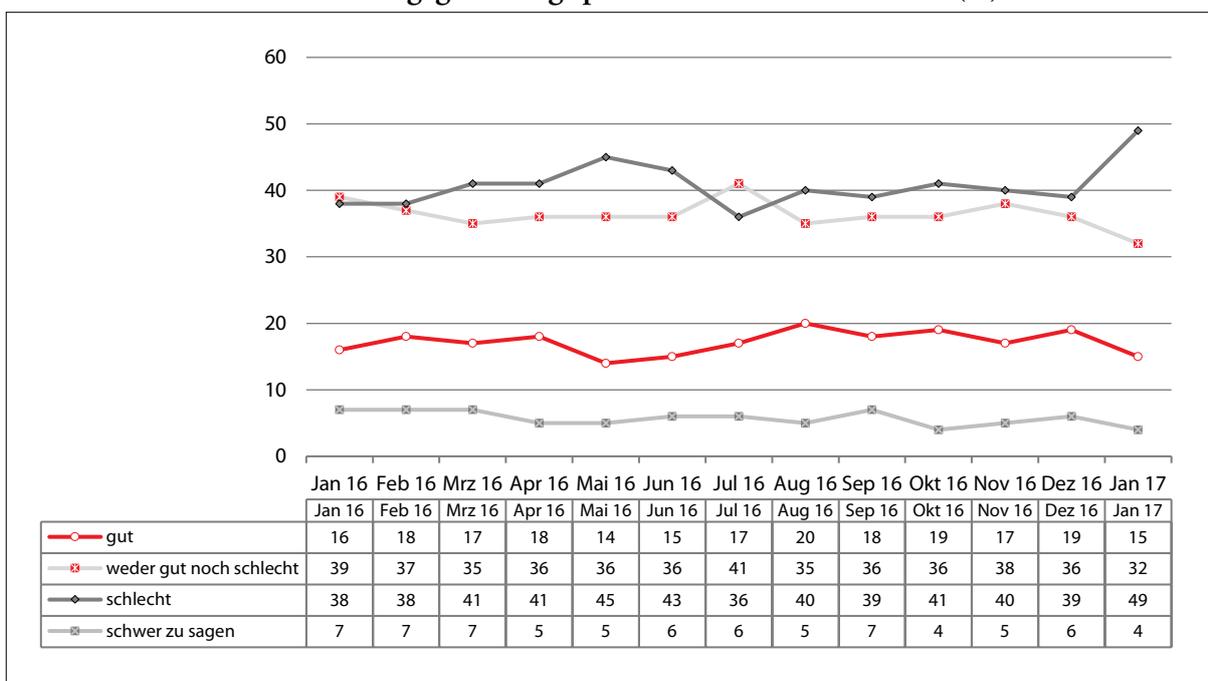
## Bewertungen der Demokratie, Politik, Parteien und Politiker

Grafik 1: Die Beurteilung des Funktionierens der Demokratie in Polen (%)



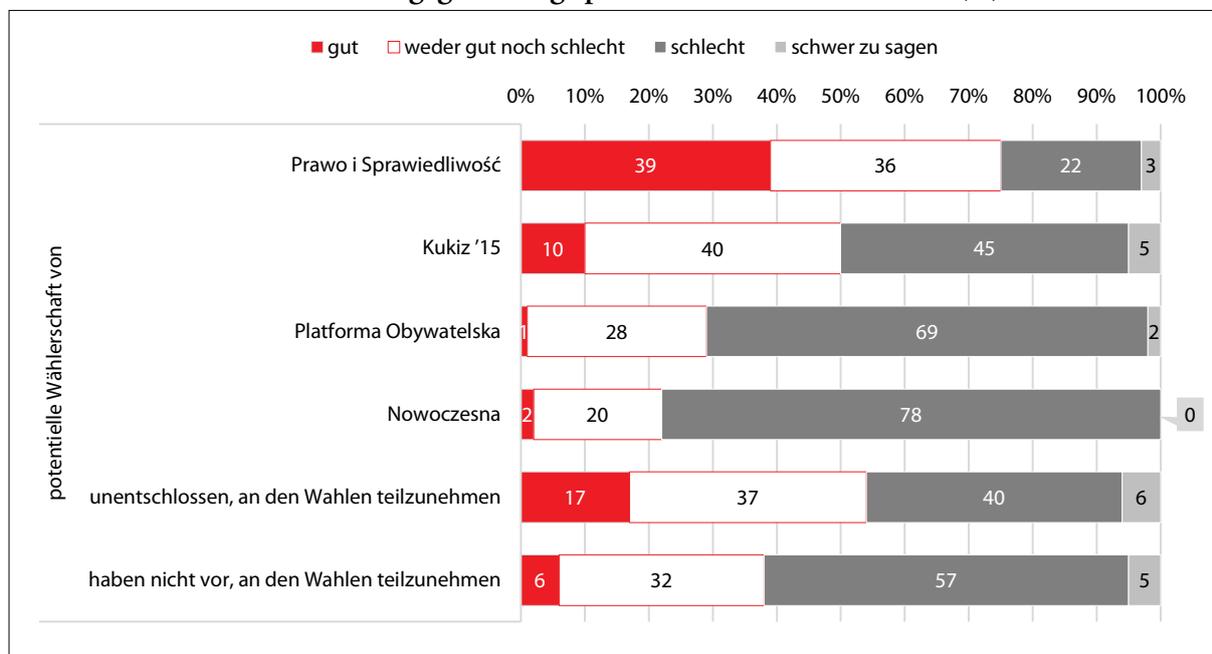
PiS/Pravo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne  
 Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 14/2017: Polacy o demokracji [Polnische Bürger über die Demokratie]. Warszawa 02/2017.  
[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

Grafik 2: Wie bewerten Sie die gegenwärtige politische Situation in Polen? (%)



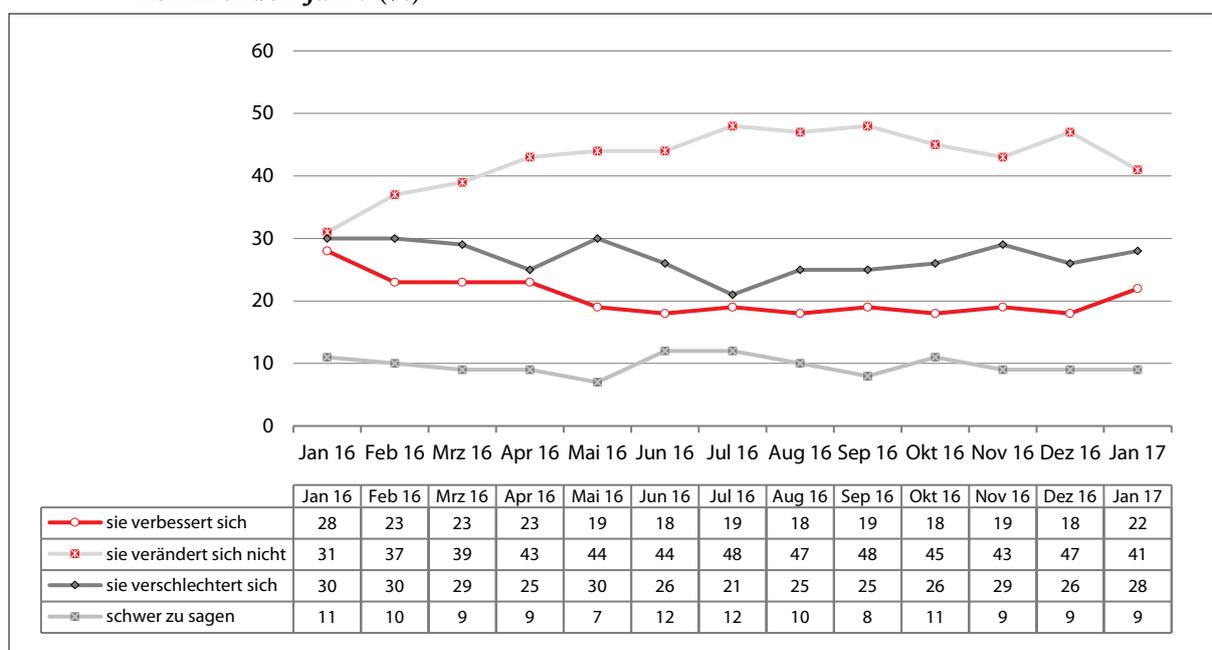
Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 9/2017: Nastroje społeczne w styczniu [Die Stimmung in der Gesellschaft im Januar]. Warszawa 01/2017. [www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)

**Grafik 3: Wie bewerten Sie die gegenwärtige politische Situation in Polen? (%)**



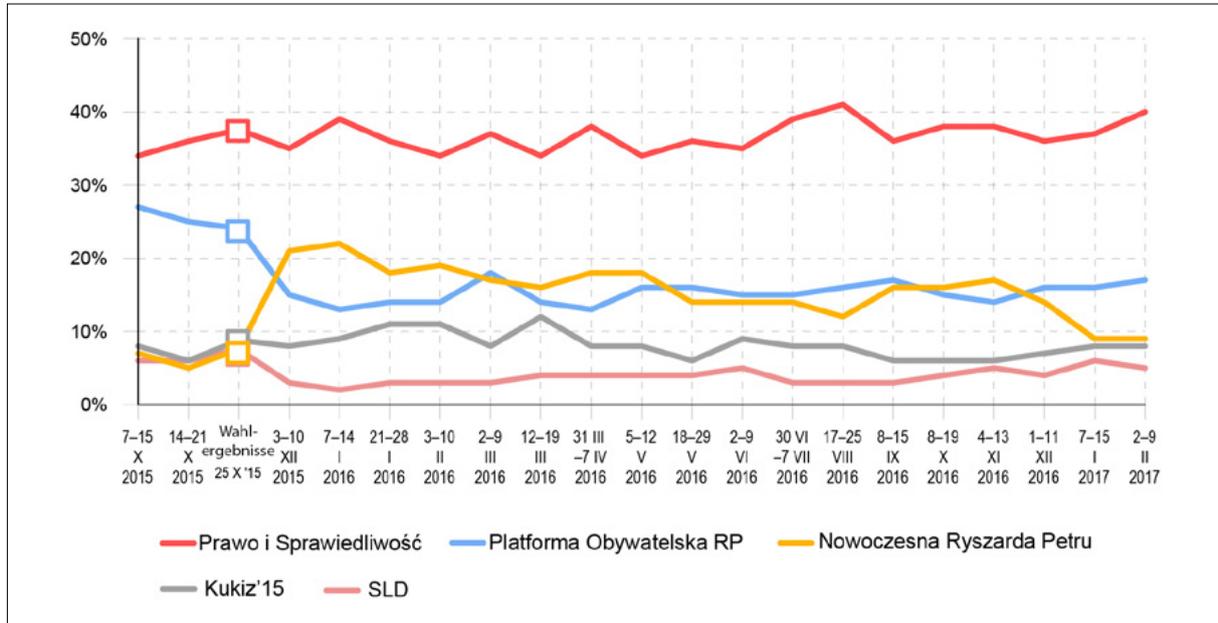
PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne  
 Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 9/2017: Nastroje społeczne w styczniu [Die Stimmung in der Gesellschaft im Januar]. Warszawa 01/2017. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

**Grafik 4: Wie verändert sich Ihrer Meinung nach die politische Situation in Polen im kommenden Jahr? (%)**



Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 9/2017: Nastroje społeczne w styczniu [Die Stimmung in der Gesellschaft im Januar]. Warszawa 01/2017. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

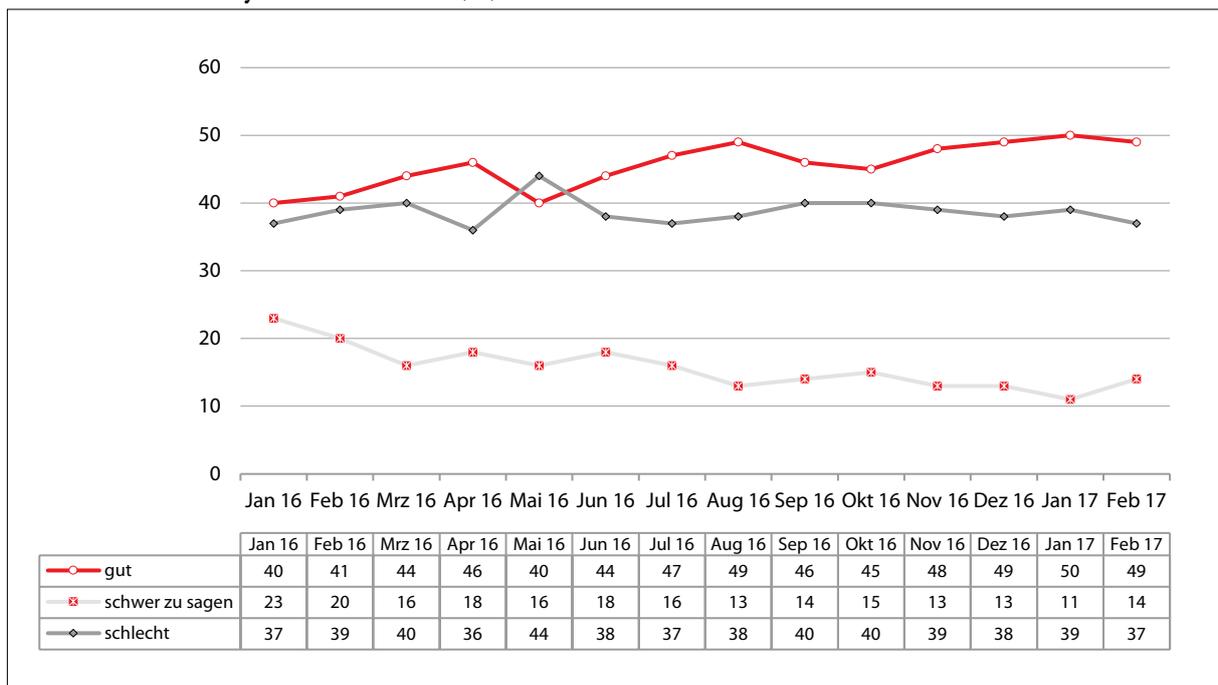
**Grafik 5: Unterstützung für PiS, PO, Nowoczesna, Kukiz '15 und SLD**



PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz

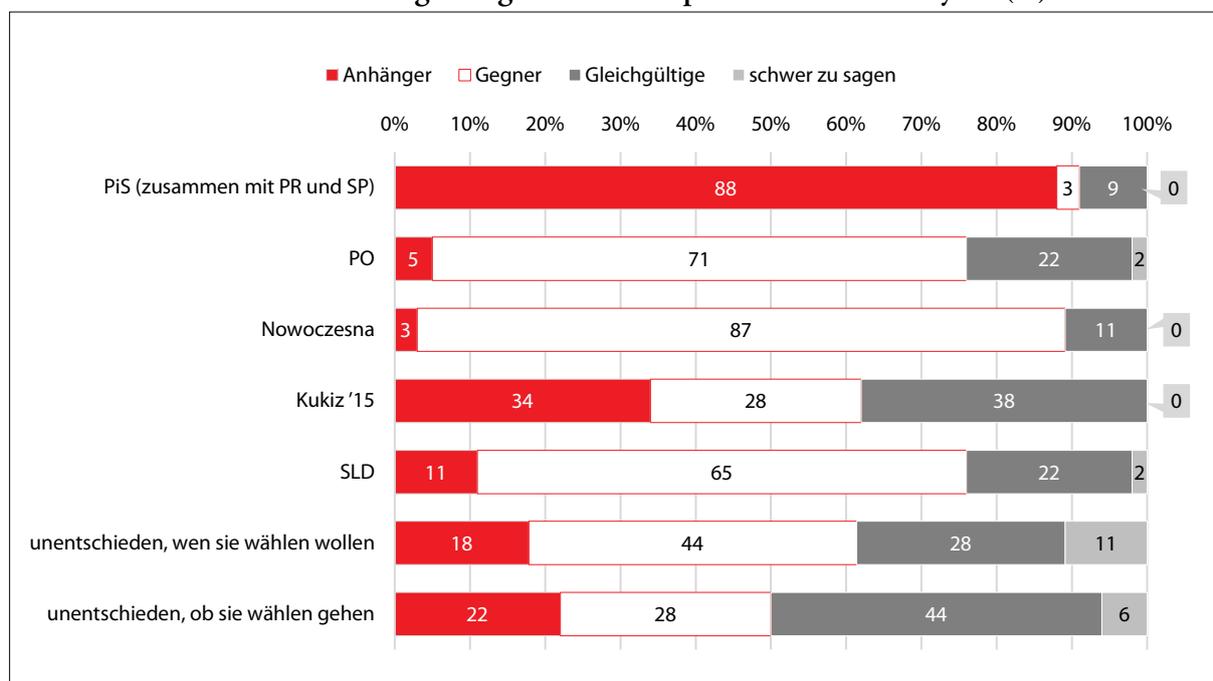
Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 15/2017: Preferencje partyjne w lutym [Parteipräferenzen im Februar]. Warszawa 02/2017. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

**Grafik 6: Wie würden Sie die Ergebnisse der Regierungstätigkeit unter Ministerpräsidentin Beata Szydło beurteilen? (%)**



Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 18/2017: Stosunek do rządu w lutym [Das Verhältnis zur Regierung im Februar]. Warszawa 02/2017. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

**Grafik 7: Das Verhältnis zur Regierung von Ministerpräsidentin Beata Szydło (%)**



*PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PR/Prawica Rzeczypospolitej – Rechte der Republik; SP/Solidarna Polska – Solidarisches Polen; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform; Nowoczesna – Die Moderne; SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz*

Quelle: CBOS Komunikat z badań Nr 18/2017: Stosunek do rządu w lutym [Das Verhältnis zur Regierung im Februar]. Warszawa 02/2017. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

**Tabelle 1: Einstellungen zu Politikern: Änderungen im Vertrauen zu ... (%)**

|   | 2016 |    |    |    |    |    |    |    |    |    |    |    | 2017 |    |
|---|------|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|------|----|
|   | 01   | 02 | 03 | 04 | 05 | 06 | 07 | 08 | 09 | 10 | 11 | 12 | 01   | 02 |
| Mariusz Błaszczak (Innenminister)                             | 23   | 22 | 30 | 31 | 29 | 28 | 31 | 33 | 33 | 33 | 31 | 29 | 29   | 30 |
| Włodzimierz Czarzasty (Parteivorsitzender der SLD)            | -    | 15 | 15 | 17 | 18 | 15 | 14 | 13 | 17 | 15 | 15 | 14 | 15   | 13 |
| Andrzej Duda (Präsident der Republik Polen)                   | 56   | 56 | 59 | 58 | 57 | 58 | 62 | 64 | 59 | 62 | 61 | 59 | 59   | 60 |
| Piotr Gliński (Minister für Kultur und Nationales Erbe)       | 18   | 17 | 24 | 21 | 23 | -  | 23 | 21 | 20 | 20 | 20 | 24 | 22   | 21 |
| Jarosław Gowin (Minister für Wissenschaft und Hochschulwesen) | 27   | 29 | 33 | 35 | 31 | 29 | 32 | 33 | 32 | 35 | 33 | 32 | 35   | 37 |

*Fortsetzung auf der nächsten Seite*

Tabelle 1: Einstellungen zu Politikern: Änderungen im Vertrauen zu ... (%) (Fortsetzung)

|  | 2016 |    |    |    |    |    |    |    |    |    |    |    | 2017 |    |
|--|------|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|----|------|----|
|  | 01   | 02 | 03 | 04 | 05 | 06 | 07 | 08 | 09 | 10 | 11 | 12 | 01   | 02 |
| Jarosław Kaczyński<br>(Parteivorsitzender der PiS)                               | 34   | 33 | 36 | 36 | 32 | 36 | 37 | 37 | 37 | 37 | 37 | 34 | 37   | 35 |
| Stanisław Karczewski<br>(Senatsmarschall)  | -    | -  | 15 | 15 | 17 | 15 | 15 | 16 | 16 | 16 | 16 | 15 | 23   | 21 |
| Władysław<br>Kosiniak-Kamysz<br>(Parteivorsitzender der PSL)                     | 25   | 23 | 31 | 31 | 33 | 27 | 27 | 28 | 29 | 29 | 28 | 27 | 36   | 33 |
| Marek Kuchciński<br>(Sejmarschall)   | 14   | 16 | 21 | 19 | 20 | 18 | 19 | 20 | 20 | 20 | 21 | 19 | 22   | 22 |
| Paweł Kukiz<br>(Parteivorsitzender von<br>Kukiz '15)                             | 45   | 49 | 52 | 51 | 45 | 44 | 48 | 47 | 47 | 47 | 46 | 45 | 49   | 51 |
| Antoni Macierewicz<br>(Verteidigungsminister)                                    | 26   | 26 | 28 | 28 | 27 | 27 | 30 | 30 | 29 | 30 | 28 | 28 | 29   | 27 |
| Mateusz Morawiecki<br>(Minister für<br>Entwicklung und<br>Minister für Finanzen) | 22   | 24 | 31 | 28 | 29 | 28 | 33 | 32 | 30 | 36 | 35 | 35 | 36   | 38 |
| Ryszard Petru<br>(Parteivorsitzender von<br>Nowoczesna)                          | 37   | 36 | 39 | 41 | 39 | 33 | 33 | 33 | 33 | 35 | 35 | 31 | 25   | 26 |
| Elżbieta Rafalska<br>(Ministerin für Familie,<br>Arbeit und Sozialpolitik)       | 6    | 11 | 24 | 29 | 26 | -  | 29 | 29 | 28 | 34 | 32 | 30 | 30   | 34 |
| Grzegorz Schetyna<br>(Parteivorsitzender der<br>PO)                              | 32   | 31 | 32 | 30 | 31 | 26 | 25 | 25 | 29 | 27 | 24 | 24 | 26   | 27 |
| Beata Szydło<br>(Ministerpräsidentin)  | 49   | 49 | 52 | 52 | 48 | 50 | 54 | 55 | 50 | 57 | 51 | 51 | 53   | 52 |
| Witold Waszczykowski<br>(Außenminister)  | 19   | 22 | 31 | 28 | 27 | 26 | 30 | 28 | 30 | 26 | 25 | 26 | 26   | 25 |
| Zbigniew Ziobro<br>(Justizminister)  | 35   | 33 | 39 | 40 | -  | 36 | 42 | 42 | 43 | 44 | 40 | 41 | 41   | 41 |

SLD/Sojusz Lewicy Demokratycznej – Demokratische Linksallianz; PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit; PSL/Pol-  
skie Stronnictwo Ludowe – Polnische Bauernpartei; Nowoczesna – Die Moderne; PO/Platforma Obywatelska – Bürgerplattform

Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 20/2017: Zaufanie do polityków w lutym [Vertrauen zu Politikern im Februar]. Warszawa  
02/2017. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>

**Tabelle 2: Wovor fürchten Sie sich am meisten in diesem Jahr in Bezug auf Polen?**

|  |             |
|--|-------------|
| <b>vor Konflikten, einer politischen Krise, dem Mangel an politischem Dialog, politischer Destabilisierung</b>   | <b>31 %</b> |
| vor gesellschaftlichen Unruhen, vor Aufruhr, Bürgerkrieg, dem Vergießen von Blut auf den Straßen, Demonstrationen  | 16 %        |
| vor einem politischen Konflikt, einer politischen Krise, Mangel an politischem Dialog, politischer Destabilisierung – allgemein                                    | 8 %         |
| vor Anarchie, Unordnung, Durcheinander, Chaos im Land, Instabilität, dem Zerfall des Staates   | 3 %         |
| vor einem Konflikt zwischen der Opposition und der regierenden Partei  | 2 %         |
| vor Spaltungen in der Gesellschaft als Folge der politischen Auseinandersetzungen, Streit zwischen gewöhnlichen polnischen Bürgern                                 | 2 %         |
| vor Konflikten, Streit, Missverständnissen – allgemein   | 2 %         |
| vor einem Putsch, politischen Umwälzungen, dem Sturz der Regierung   | 1 %         |
| vor Konflikten in der Regierung, der Spaltung der Regierung, dem Zerfall der Regierung   | 1 %         |
| vor Störungen der Tätigkeiten des Parlaments, Verhinderung der parlamentarischen Arbeit, Besetzungen, der »Rückkehr zum <i>liberum veto</i> «                      | 0,5 %       |
| vor vorgezogenen Wahlen  | 0,4 %       |
| <b>vor der internationalen Lage, externen Faktoren*</b>  | <b>18 %</b> |
| <b>vor einer Wirtschaftskrise in Polen*</b>  | <b>17 %</b> |
| <b>vor den Tätigkeiten der aktuellen Regierung sowie vor PiS</b>   | <b>14 %</b> |
| vor der Auflösung/Beschränkung der Demokratie, der Verfassung, der Einführung des Ausnahmezustands, Autoritarismus   | 3 %         |
| vor einer schlechten Außenpolitik, der Verschlechterung der Beziehungen zu den Nachbarstaaten und den Ländern der EU, Isolation auf internationaler Ebene          | 2 %         |
| vor der gegenwärtigen Regierung, PiS – allgemein   | 2 %         |
| vor Steuererhöhungen   | 2 %         |
| vor einer schlechten Regierung, der Inkompetenz der Regierenden, schlechten Gesetzen, neuen Reformen – allgemein   | 2 %         |
| vor der Bildungsreform   | 2 %         |
| vor zu großen Sozialausgaben des Staatshaushaltes, Verteilungspolitik  | 1 %         |
| vor der Missachtung der Stimmungen und Bedürfnisse der Gesellschaft vonseiten der Regierung, der Arroganz der Regierenden, der fehlenden Umsetzung eines Programms | 1 %         |
| vor [Verteidigungsminister] Antoni Macierewicz   | 1 %         |
| vor einer schlechten Verteidigungspolitik, einer »desorganisierten Armee, die nicht in der Lage ist, das Land zu verteidigen«                                      | 1 %         |
| vor Jarosław Kaczyński [Parteivorsitzender von PiS]  | 1 %         |
| vor einer instabilen Wirtschaftspolitik, der Verschlechterung der Bedingungen für kleine Firmen  | 0,4 %       |
| vor der Beschränkung der Rechte auf Abtreibung, der Änderung des Gesetzes über die Zulässigkeit eines Schwangerschaftsabbruch                                      | 0,3 %       |
| vor revolutionären Änderungen im Gesetzesbereich, einer Änderung der Verfassung  | 0,3 %       |
| vor der Regierungspropaganda   | 0,2 %       |
| <b>vor Kriegen – allgemein*</b>  | <b>7 %</b>  |
| <b>davor, dass Geld im Staatshaushalt fehlt, vor einer Krise in den öffentlichen Finanzen*</b>   | <b>5 %</b>  |
| <b>vor der Opposition, den Regierungsgegnern*</b>  | <b>3 %</b>  |
| <b>andere Ängste*</b>  | <b>6 %</b>  |

*PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit*

*\*Die im Original aufgeführte Ausdifferenzierung in Unterpunkte wird hier nicht angegeben.*

*Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 13/2017: Nadzieje i obawy związane z rokiem 2017 [Hoffnungen und Ängste für das Jahr 2017]. Warszawa 02/2017. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>*

**Tabelle 3: Was erwarten Sie in diesem Jahr für Polen? Welche Hoffnungen haben Sie, worauf rechnen Sie für das Land?**

|   |             |
|---|-------------|
| <b>Ruhe, Stabilisierung</b>   | <b>25 %</b> |
| politische Stabilisierung, Verbesserung der politischen Situation, Ruhe in der Politik, politische Einigung       | 19 %        |
| Ruhe, Stabilisierung – allgemein, »ich rechne auf Ruhe, Ordnung«  | 8 %         |
| <b>Wirtschaftswachstum, Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, der öffentlichen Finanzen *</b>              | <b>25 %</b> |
| <b>Verbesserungen der Lebensbedingungen, soziale Forderungen *</b>  | <b>17 %</b> |
| <b>Umsetzung des Wahlprogramms der PiS, der Absichten der Regierung, Einhalten der Versprechen</b>                | <b>12 %</b> |
| Reform des Gesundheitswesens, Verbesserungen im Gesundheitswesen  | 3 %         |
| Reform des Bildungswesens, Verbesserungen im Schulwesen, Bildungswesen  | 2 %         |
| Umsetzung des Wahlprogramms der PiS, der Absichten der Regierung, Einhalten der Versprechen                       | 2 %         |
| militärische Sicherheit, Stärkung der Verteidigungsfähigkeit, Anwesenheit des US-amerikanischen Militärs/der NATO | 1 %         |
| Herabsetzung des Renteneintrittsalters  | 1 %         |
| Immigranten/Flüchtlinge nicht nach Polen hineinlassen   | 1 %         |
| Fortsetzung des Familienförderprogramms »500 plus«  | 1 %         |
| die Emigration der Polen eindämmen  | 1 %         |
| einschränken, dass Geld ins Ausland gebracht wird   | 1 %         |
| den Machterhalt von PiS und Jarosław Kaczyński  | 1 %         |
| Ordnung/Verbesserung des Justizwesens, Gerichtswesens   | 0,4 %       |
| Rückkehr der Polen aus der Emigration nach Polen  | 0,4 %       |
| Entwicklung von Innovationen, der Wissenschaft, einer innovativen Wirtschaft, Investitionen in die Wissenschaft   | 0,4 %       |
| Lösung des Problems der Kredite in Schweizer Franken  | 0,3 %       |
| Wohnungen für junge Menschen, Verbesserung der Verfügbarkeit von Wohnraum   | 0,3 %       |
| Abrechnung mit Affären in der Vergangenheit   | 0,3 %       |
| Aufklärung der Katastrophe von Smolensk   | 0,2 %       |
| Anstieg der Geburtenrate  | 0,1 %       |
| Verkaufsverbot an Sonntagen   | 0,1 %       |
| Einführung einer Handelssteuer, Besteuerung von Supermärkten  | 0,1 %       |
| <b>Änderung der Politik, des Handelns der aktuellen Regierung/der regierenden Partei (PiS)*</b>                   | <b>7 %</b>  |
| <b>Regierungswechsel, PiS verliert die Macht</b>  | <b>4 %</b>  |
| Regierungswechsel, PiS verliert die Macht – allgemein   | 3 %         |
| Regierungswechsel als Folge gesellschaftlichen Handelns   | 1 %         |
| [PiS-Parteichef] Jarosław Kaczyński wird abgesetzt, tritt ab  | 0,5 %       |
| Vereinigung, Stärkung der Opposition  | 0,4 %       |
| Rücktritt, Entlassung [des Verteidigungsministers] Antoni Macierewicz   | 0,2 %       |
| <b>Forderungen zum Funktionieren der Demokratie</b>   | <b>4 %</b>  |
| Einstellen des destruktiven Handelns der Opposition   | 1 %         |
| vorgezogene Wahlen  | 1 %         |
| Beendigung des Streits um das Verfassungstribunal   | 1 %         |
| Vergroßerung der Demokratie, »Rückkehr zur echten Demokratie« – allgemein   | 0,5 %       |
| Konsultationen mit der Gesellschaft, Referenden vor der Einführung von Veränderungen                              | 0,4 %       |
| die Opposition zu Wort kommen lassen, unterschiedliche Parteien an die Macht lassen                               | 0,2 %       |
| Verringerung der Einflüsse der Kirche auf den Staat   | 0,1 %       |

*PiS/Prawo i Sprawiedliwość – Recht und Gerechtigkeit*

*\*Die im Original aufgeführte Ausdifferenzierung in Unterpunkte wird hier nicht angegeben.*

*Quelle: CBOS Komunikat z Badań Nr 13/2017: Nadzieje i obawy związane z rokiem 2017 [Hoffnungen und Ängste für das Jahr 2017]. Warszawa 02/2017. <[www.cbos.pl](http://www.cbos.pl)>*

## 21. Februar 2017 – 6. März 2017

|            |  |
|------------|--|
| 21.02.2017 | In einem Radiointerview erklärt Außenminister Witold Waszczykowski, dass Polen am Vortag eine Antwort an die Europäische Kommission geschickt und Stellung zu deren Empfehlungen vom Dezember 2016 im Zusammenhang mit der Reform des Verfassungstribunals und den daraus resultierenden Befürchtungen der EU über den Zustand der Rechtsstaatlichkeit in Polen bezogen habe. Übergeordnetes Ziel der polnischen Regierung seien stabile Grundlagen für das Funktionieren des Verfassungstribunals. Diese seien gegeben, auch habe Polen eine Reihe von Empfehlungen der »Venedig Kommission« berücksichtigt. Polen betrachte die Angelegenheit nun als beendet.   |
| 22.02.2017 | Der Antrag auf Abberufung von Sejmarschall Marek Kuchciński wird mit 220 zu 174 Stimmen bei 24 Enthaltungen abgelehnt. Der Antrag war von der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO) nach der »Sejmkrise« von Dezember 2016/Januar 2017 initiiert worden. Vor der Abstimmung kam es zu einer hitzigen Debatte, in der Grzegorz Schetyna, Parteivorsitzender der PO, Kuchciński vorwarf, die Opposition nicht als selbstverständlichen Bestandteil des demokratischen Systems behandelt zu haben. In seinem Beitrag zur Debatte griff Jarosław Kaczyński, Parteichef von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS), einen Zwischenruf auf und sagte, im Gegensatz zu manchen anderen seien die Politiker von PiS Herren. Dies löste eine weitere verbale Auseinandersetzung aus, in der Schetyna auf den historischen Kontext von Herren und Minderwertigen verwies. |
| 24.02.2017 | Die Parlamentarierinnen Magdalena Błęska, Anna Siarkowska und Małgorzata Janowska gründen einen sogenannten Abgeordnetenkreis, »Die Republikaner«. Siarkowska sagt, das Ziel sei weder eine neue Partei zu gründen noch Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) zu unterstützen. Sie vertreten konservative Werte und eine freiheitliche Wirtschaftspolitik und würden eine an Inhalten orientierte konstruktive Oppositionsarbeit leisten. Am Vortag sind Błęska und Siarkowska aus der Fraktion von »Kukiz '15« ausgetreten, Janowska gehörte keiner Fraktion an.   |
| 24.02.2017 | Der Sejm verabschiedet mit 241 Ja-Stimmen, 195 Nein-Stimmen und vier Enthaltungen eine Gesetzesnovelle zu den ordentlichen Gerichten (Appellations-, Kreis- und Bezirksgerichte). Künftig unterstehen die Gerichtsdirektoren, verantwortlich für die finanziellen Angelegenheiten der Gerichte, dem Justizminister. Außerdem wird das Ausschreibungsverfahren für die Besetzung des Postens des Gerichtsdirektors abgeschafft und durch ein neues Berufungs- und Entlassungsverfahren ersetzt. Die Opposition kritisiert, die Gesetzesnovelle diene der politischen Instrumentalisierung der Gerichte.   |
| 26.02.2017 | Der Chef des Büros für Nationale Sicherheit (Biuro Bezpieczeństwa Narodowego – BBN), Paweł Soloch, fährt zu einem viertägigen Arbeitsbesuch nach Großbritannien. Thematisiert werden sollen die Beziehungen zwischen Polen und Großbritannien nach dem »Brexit«, die gemeinsamen Interessen im Rahmen der NATO, insbesondere mit Blick auf die Stationierung britischer Soldaten in Polen zum Schutz der »Ostflanke«, die Rolle Großbritanniens im Rahmen des europäischen Sicherheits- und Verteidigungssystems nach dem »Brexit« und das Verhältnis zu den USA und zu Russland.  |
| 27.02.2017 | Medienberichten zufolge geht das Ministerium für Entwicklung davon aus, dass im Zusammenhang mit dem »Brexit« 100.000–200.000 polnische Migranten aus Großbritannien zurückkehren werden.  |
| 28.02.2017 | Informationen der britischen »Financial Times«, dass sich Ministerpräsidentin Beata Szydło in der EU um Unterstützung bemüht, die zweite Amtszeit von Donald Tusk, Präsident des Europäischen Rates, zu verhindern, lässt Senatsmarschall Adam Bielan ebenso unbestätigt wie unwidersprochen. Es sei allerdings schwierig von Polen zu verlangen, dass es den Kandidaten Tusk unterstützen solle, da dieser keine guten Beziehungen zur polnischen Regierung pflegen wolle, so Bielan.   |
| 01.03.2017 | In seiner Rede anlässlich des Nationalfeiertags des Gedenkens der Verfolgten Soldaten bezieht sich Präsident Andrzej Duda auf das Museum der Verfolgten Soldaten und Politischen Gefangenen in der Volksrepublik Polen, das in Warschau gebaut wird. Es stehe für die Anklage an die Kommunisten, die an der polnischen Nation Verbrechen begangen hätten. Es sei das endgültige Brandmal für den Verrat der kommunistischen Folterknechte, so dass niemand mehr deren Namen mit Respekt nennen werde. Er sei überzeugt, dass das Museum wie auch das Museum des Warschauer Aufstandes ein Zeichen für den Ruhm der wahren Helden Polens sei, so Duda. Am selben Tag zeichnet Duda auch ehemalige Kombattanten aus sowie Personen, die sich um die Bewahrung der Erinnerung an die »verfolgten Soldaten« verdient gemacht haben.   |

|            |  |
|------------|--|
| 02.03.2017 | Im Anschluss an das Treffen mit den Regierungschefs der Visegrád-Gruppe (Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn) in Warschau teilt Ministerpräsidentin Beata Szydło mit, dass sie eine gemeinsame Erklärung zur Zukunft der Europäischen Union verabschiedet hätten, die auf dem EU-Gipfel in Rom vorgestellt werden soll. Darin gehe es um die Notwendigkeit der Reformierung der EU, wobei die Einheit der EU gewahrt werden müsse. Die Visegrád-Gruppe werde Spaltungen in der EU nicht zustimmen. Von EU-Ratspräsident Donald Tusk erwarte die Visegrád-Gruppe, dass er im Vorfeld des Gipfels für die Meinungsbildung über die Reformen Sorge, so dass es Rom zu einer Entscheidung komme.   |
| 03.03.2017 | Auf einer Konferenz zur Krise des Verfassungsgerichts in Kattowitz (Katowice) warnt Małgorzata Gersdorf, Erste Präsidentin des Obersten Gerichtshofes, davor, dass die regierende Partei Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) das Gerichtswesen beschränkt. Alle Juristen hätten nun die Pflicht, den demokratischen Rechtsstaat aufrechtzuerhalten, wenn nicht gar zu retten, so Gersdorf. Sie appellierte an die Medien, ihre erzieherische Rolle wieder einzunehmen. Das Misstrauen der Gesellschaft gegenüber Gerichten und Richtern sei auch eine Folge der Medienberichterstattung.  |
| 04.03.2017 | Die von Recht und Gerechtigkeit (Prawo i Sprawiedliwość – PiS) geführte Regierung Polens schlägt den polnischen Europaabgeordneten Jacek Saryusz-Wolski formal als Kandidaten für das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates vor. Damit lehnt sie eine Unterstützung der erneuten Kandidatur des Ratspräsidenten Donald Tusk, ehemaliger Ministerpräsident Polens aus den Reihen der Bürgerplattform (Platforma Obywatelska – PO), ab. PiS wirft Tusk vor, dass er sich den EU-Ländern gegenüber nicht neutral verhalte, Aktivitäten von EU-Organen unterstütze, die sich gegen Polen richteten, und die Opposition in Polen unterstütze. Saryusz-Wolski zeichne sich durch fachliche Kompetenz und sein Engagement für die europäische Integration aus. Saryusz-Wolski gehört der PO und im Europäischen Parlament der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) an. Auf Antrag des PO-Parteivorsitzenden, Grzegorz Schetyna, schließt der Landesvorstand der PO Saryusz-Wolski aus der Partei aus. |
| 06.03.2017 | Außenminister Witold Waszczykowski teilt mit, dass sich die polnische Regierung um Unterstützung anderer EU-Staaten für die Kandidatur von Jacek Saryusz-Wolski für das Amt des Präsidenten des Europäischen Rates bemüht. Die polnische Regierung hatte sich Ende vergangener Woche entschieden, Donald Tusks Kandidatur für eine zweite Amtszeit nicht zu unterstützen und stattdessen Saryusz-Wolski formal vorgeschlagen. Bisher hatten die Regierungen die Wahl des betreffenden EU-Ratspräsidenten aus ihrem Heimatland unterstützt.   |

Sie können die gesamte Chronik seit 2007 auch auf <http://www.laender-analysen.de/polen/> unter dem Link »Chronik« lesen.

## ÜBER DIE POLEN-ANALYSEN

Die Polen-Analysen erscheinen zweimal monatlich als E-Mail-Dienst. Sie werden gemeinsam vom Deutschen Polen-Institut Darmstadt, der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Ein Archiv der Polen-Analysen finden Sie im Internet unter [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)

Kostenloses Abonnement unter <http://www.deutsches-polen-institut.de/Newsletter/subscribe.php>

Diese Analysen finden Sie online als Lizenzausgabe auf [bpb.de](http://bpb.de)



### Deutsches Polen-Institut Darmstadt ([www.deutsches-polen-institut.de](http://www.deutsches-polen-institut.de))

Das seit 1980 tätige Deutsche Polen-Institut Darmstadt (DPI) ist ein Forschungs-, Informations- und Veranstaltungszentrum für polnische Kultur, Geschichte, Politik, Gesellschaft und die deutsch-polnischen Beziehungen, die sich im Kontext der europäischen Integration entwickeln. Institutionelle Träger des DPI sind das Land Hessen, die Kultusminister der Länder, das Auswärtige Amt und die Wissenschaftsstadt Darmstadt. Einen wesentlichen Beitrag zur Verwirklichung der Institutsziele leisten private Stiftungen. Ziel der Vermittlertätigkeit des DPI ist es, »die zu interessieren, auf die es politisch, wirtschaftlich, gesellschaftlich und kulturell im deutsch-polnischen Verhältnis ankommt« (Leitlinien 1997). Es geht um die Entscheider und Multiplikatoren in Politik, Kultur, Bildung, Verwaltung, Medien und Wirtschaft. Das DPI versteht sich in Kooperation mit den Orten wissenschaftlicher Polen-Kompetenz an deutschen Hochschulen und Forschungsinstituten als verbindendes und vernetzendes Zentrum. Mit der über 68.000 Bände zählenden multidisziplinären Fachbibliothek für Polen, die eine einzigartige Sammlung polnischer Belletristik in der Originalsprache und in deutscher Übersetzung umfasst, ist das DPI ein geschätzter Ort der Recherche und des wissenschaftlichen Arbeitens.

### Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen ([www.forschungsstelle.uni-bremen.de](http://www.forschungsstelle.uni-bremen.de))

1982 gegründet, widmet sich die Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen der interdisziplinären Analyse der Länder Ost- und Ostmitteleuropas in Zeitgeschichte und Gegenwart. Der Forschungsschwerpunkt liegt dabei auf der Rolle von »Dissens und Konsens«, von Opposition und Zivilgesellschaft in ihrem historischen, politischen, gesellschaftlichen und kulturellen Kontext. Die Forschungsstelle besitzt in ihrem Archiv eine einzigartige Sammlung alternativer Kulturgüter und unabhängiger Texte aus den ehemaligen sozialistischen Ländern. Darunter befindet sich auch eine umfangreiche Sammlung des »Zweiten Umlaufs«, die das Schrifttum und Dokumente unabhängiger Initiativen und gesellschaftlicher Gruppen in Polen aus der Zeit von 1976 bis zum Umbruch umfasst. Hinzu kommt eine umfangreiche Bibliothek mit wissenschaftlicher Literatur. Mit Archiv, Bibliothek und zwei wissenschaftlichen Abteilungen ist die Forschungsstelle auch eine Anlaufstelle sowohl für Gastwissenschaftler als auch für die interessierte Öffentlichkeit.

Eine der Hauptaufgaben der Forschungsstelle ist die Information der interessierten Öffentlichkeit. Dazu gehören unter anderem regelmäßige E-Mail-Informationendienste für Politik, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und Medien.

Das **Institut für Öffentliche Angelegenheiten (Instytut Spraw Publicznych – ISP)** in Warschau ist einer der führenden Think Tanks in Polen und seit 1995 als unabhängiges Forschungszentrum zu grundlegenden Fragen des öffentlichen Lebens tätig. Das ISP kooperiert eng mit zahlreichen Experten und Forschern wissenschaftlicher Einrichtungen im In- und Ausland. [www.isp.org.pl](http://www.isp.org.pl)

Herausgegeben mit finanzieller Unterstützung der Stiftung für deutsch-polnische Zusammenarbeit



FUNDACJA WSPÓLPRACY  
POLSKO-NIEMIECKIEJ  
STIFTUNG  
FÜR DEUTSCH-POLNISCHE  
ZUSAMMENARBEIT

Die Meinungen, die in den Polen-Analysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion: Prof. Dr. Dieter Bingen (verantwortlich) (Darmstadt), Silke Plate M.A. (Bremen); Redaktionsassistentin für diese Ausgabe: Klaudia Kokoszka (Bremen)

Technische Gestaltung: Matthias Neumann

Polen-Analysen-Layout: Cengiz Kibaroglu, Matthias Neumann

Alle Ausgaben der Polen-Analysen sind mit Themen- und Autorenindex archiviert unter [www.laender-analysen.de](http://www.laender-analysen.de)

ISSN 1863-9712 © 2017 by Deutsches Polen-Institut Darmstadt, Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und Deutsche Gesellschaft für Osteuropakunde e.V.

Kontakt: Dr. Andrzej Kaluza, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Deutsches Polen-Institut, Residenzschloss, Marktplatz 15,

64283 Darmstadt, Tel.: +49/6151/4202-20, Fax: +49/6151/4202-10, E-Mail: [polen-analysen@dpi-da.de](mailto:polen-analysen@dpi-da.de), Internet: [www.laender-analysen.de/polen](http://www.laender-analysen.de/polen)